

umfangreiche Auswahlbibliographie der Publikationen von Grossmann dürfte gerade der Exilforschung Anregungen bieten. Neben Ludwig Quidde gehörte Grossmann zu den profilierten Vertretern der deutschen Emigration, die Tausenden von Bedrängten materielle, organisatorische und emotionale Hilfe boten. Nicht zuletzt diese humanitäre Tätigkeit rechtfertigt eine kritisch-reflektierende politische Biographie.

Kassel

*Reinhold Lütgemeier-Davin*

Documents Diplomatiques Suisses – Diplomatische Dokumente der Schweiz – Documenti Diplomatici Svizzeri. Bd. 16: 9.5.1945–31.5.1947. Unt. d. Leit. v. ANTOINE FLEURY bearb. v. MAURO CERUTTI, MICHELE CODURI, ERIC FLURY-DASEN u.a. Zürich, Chronos 1997. LXXIV, 428 S.

Die vom Krieg unversehrte Schweiz fand sich nach Kriegsende in einer ungewöhnlichen Situation, eingeklemmt zwischen den total besiegten Achsenmächten und der Vierten Republik Frankreichs unter General de Gaulle. Zunächst bezeugte die Schweiz ihre Humanität zur Linderung der Not und zur Beihilfe für den Wiederaufbau. Gegenüber Deutschland fiel es manchen schwer, die in der Nazizeit erlittene Bedrohung zu vergessen.

Die Außenpolitik wurde aber nicht von den Nachbarn diktiert, sondern von den Siegermächten USA, UdSSR und Großbritannien. Vordringlich war die Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR und zu den USA sowie der Entscheid für oder gegen den UNO-Beitritt. Die unter Bundesrat Max Petitpierre aufgenommenen Verhandlungen mit der UdSSR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen waren von Mißtrauen geprägt und zogen sich entsprechend hin bis zum Frühjahr 1946. Die Konstitutierung der UNO stellte die Schweiz vor die Frage eines außenpolitischen Kurswechsels. Da die UNO-Charta den Mitgliedern keine Neutralität zugestehen wollte, galt es für die Schweiz zu entscheiden: UNO-Beitritt oder Beibehaltung der Neutralität. Die Schweiz entschied sich für die Formel Neutralität, Solidarität und Universalität, wissend um die kritische Haltung der Alliierten gegenüber der schweizerischen Neutralität.

Zum Zankapfel mit den USA wurde die Frage der deutschen Guthaben. Erst nach harten und unerfreulichen Verhandlungen konnte am 26. Mai 1946 das Washingtoner Abkommen geschlossen werden. Schweizer Linkskreise kritisierten die Haltung der Schweizer Unter-

händler, daß staatliche Zugriffe auf Privateigentum nur gemacht werden dürften, wenn dafür ausreichende Entschädigungen geboten werden könnten. Für viele hätte eine Enteignung deutscher Gläubiger ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit dargestellt. Der Grundsatz ausreichender Entschädigung wurde im Washingtoner Abkommen zwar festgeschrieben, es blieb aber die Frage eines angemessenen Umrechnungskurses. Der Kampf mit den Alliierten zur Behauptung eines konservativen schweizerischen Rechtsstandpunktes zog sich hin. Das schweizerische Rechtsempfinden wurde aber auch in Frage gestellt durch Gesetzgebungen in England, Frankreich, Belgien und Holland, welche bestimmten, ihre Schweizer-Franken-Guthaben gegen Entschädigung in Heimatwährung an ihre Regierungen abzutreten. Der Schutz deutscher Guthaben gegen solche Zwangsmaßnahmen hätte eine Ungleichbehandlung bedeutet.

Die schweizerische Diplomatie war an allen Fronten gefordert, begleitet von der Skepsis der Alliierten gegenüber der schweizerischen Neutralität, während diese im Aufkeimen der Ära des Kalten Krieges eine neue Legitimation zu finden schien.

Der Band läßt an Aktualität 50 Jahre danach nichts zu wünschen übrig. Er erhellt Hintergründe der schweizerischen Geldpolitik, die zu beleuchten heute dringend not tut.

Schaffhausen

*Silvia Pfeiffer-Herkenrath*

FRANCES M. B. LYNCH, *France and the International Economy. From Vichy to the Treaty of Rome.* London/New York, Routledge 1997. XV, 227 S., £ 45,-.

Für die Geschichte Frankreichs stellt die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg einen tiefen Bruch dar. Ein wirtschaftlich zurückgefallenes, hochprotektionistisches und auf das Kolonialreich orientiertes Land entwickelte sich zu einem modernen Industriestaat. In ihrem politische und ökonomische Analyse überzeugend verknüpfenden Buch entfaltet Frances Lynch eine neue und originelle Interpretation des wirtschaftlichen Erfolgs Frankreichs nach 1945. Entscheidend war nach Lynch die von den Reformern um Jean Monnet vorangetriebene Öffnung der französischen Wirtschaft nach außen. Der Monnet-Plan war primär ein Plan, um Frankreichs Wirtschaft für den internationalen Wettbewerb und die Teilnahme an dem von den USA vorgesehenen offenen multilateralen System vorzubereiten. Die Öffnung sollte allmählich im Maße